

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Informationsvorlage

2014025/2

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Rechnungsprüfungsausschuss	Sitzung am: 25.03.2014 TOP: 2.5
Amt:	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2014025/2
	Az.:	erstellt am: 28.01.2014

Betreff

Eröffnungsbilanz der Stadt Köthen (Anhalt) zum 01.01.2012

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	18.02.2014: Hauptausschuss	18.02.2014	
2	25.03.2014: Rechnungsprüfungsausschuss	25.03.2014	zurückgestellt

Beschlussentwurf

-

Gesetzliche Grundlagen:

-

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Eröffnungsbilanz der Stadt Köthen (Anhalt) zum 01.01.2012

Die ermittelten Bilanzwerte spiegeln den vorläufigen Bearbeitungsstand der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 wider. Die entsprechenden Unterlagen für die einzelnen Bilanzpositionen werden dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) zur Prüfung übergeben. Ergeben sich im Laufe des Prüfverfahrens Änderungen der Bilanzwerte, werden ggf. Wertberichtigungen vorgenommen.

Folgende Bilanzpositionen befinden sich zurzeit zur Prüfung beim RPA:
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten, Forderungen, liquide Mittel

Die Eröffnungsbilanz ist die Basis für die Erstellung der Jahresabschlüsse. Über den aktuellen Stand wird im 3. Quartal des Jahres informiert.

Einleitung

Das Haushaltsrecht für die Kommunen in Sachsen-Anhalt wurde, durch das am 22.04.2006 für die Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt durch den Landtag beschlossene Gesetz über ein Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR), grundlegend reformiert.

Danach müssen alle Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt auf das NKHR bis zum 01.01.2013 umstellen.

Zu Beginn des Haushaltsjahres, in welchem die Gemeinde die Doppik einführt, ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Der Grundsatz der Wertermittlung für die Eröffnungsbilanz begründet sich auf § 104b Abs. 3 Sätze 1 und 2 Gemeindeordnung LSA i. V. m. § 53 Abs. 1 und 2 GemHVO Doppik LSA.

Als entscheidende Neuerung zum kameralen Rechnungswesen ist die Umstellung von einem Geldverbrauchskonzept hin zu einem Ressourcenverbrauchskonzept. Die Doppik bietet eine wesentlich verbesserte Entscheidungsgrundlage für sach- und generationengerechte Entscheidungen. In der Vergangenheit wurden durch die Kameralistik nur die jährlichen Einnahmen und Ausgaben abgebildet, demzufolge nur die Erhöhungen und Verminderungen des Geldvermögens. In der Zukunft stellen jedoch die Erträge und Aufwendungen, also die Ressourcenvermehrung bzw. -verbrauch, die zentralen Steuerungsgrößen dar. In diesem Zusammenhang werden die entsprechenden Veränderungen des Eigenkapitals betrachtet. Durch die Erfassung von Abschreibungen wird dem vollständigen Werteverzehr von Anlagegütern und damit dem Prinzip der generativen Gerechtigkeit Rechnung getragen. Dieses besagt, dass der Ressourcenverbrauch einer Periode durch Erträge derselben Periode gedeckt wird, um nachfolgende Generationen nicht zu überlasten.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich auf ein Rechnungswesen festgelegt, welches sich am kaufmännischen Rechnungswesen orientiert. Es wurde um entsprechende Komponenten erweitert, die sich aus der kommunalen Aufgabenstellung ergeben.

Ein wichtiger Bestandteil des neuen Rechnungswesens ist die Eröffnungsbilanz.

Diese ist gemäß § 104 der GO LSA unter Beachtung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung aufzustellen. Dabei hat die Bilanz und ihre Anlagen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde zu vermitteln.

Es erfolgt die erstmalige Gegenüberstellung der Vermögenswerte (Aktiva) sowie der Schulden und des Eigenkapitals (Passiva). Demnach bildet sie den Ausgangspunkt für das System der doppelten Buchführung.

Das NHKR hat seinen Kern im sogenannten „Vierkomponentensystem“. Dieses umfasst die nachfolgend genannten Positionen.

Die Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung ist das Äquivalent zur kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Dort werden Erträge und Aufwendungen für eine Rechenperiode vom 1.1. - 31.12. eines jeden Jahres gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 GemHVO Doppik LSA gegenübergestellt. Damit wird der Ressourcenverbrauch einer Kommune umfassend abgebildet. Die Ergebnisrechnung ist der wichtigste Bestandteil des neuen Haushaltsrechts. Dessen Saldo ergibt den Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag. Durch einen Jahresüberschuss erhöht sich das Eigenkapital bzw. durch den Jahresfehlbetrag wird es gesenkt.

Die Finanzrechnung

Sie dient gem. § 3 GemHVO Doppik LSA der Darstellung der geleisteten Einzahlungen und Auszahlungen sowie der Bestandsveränderung an liquiden Mitteln eines Jahres bzw. einer Rechnungsperiode. Der Saldo daraus erhöht bzw. vermindert den Bestand an liquiden Mitteln in der Bilanz.

Kosten- und Leistungsrechnung

Bei der Kosten- und Leistungsrechnung handelt es sich um ein internes Rechnungswesen. Dabei werden die benötigten Finanzinformationen aus dem doppelischen Rechnungswesen entnommen und weiter verarbeitet. Es handelt es sich um kein eigenständiges Rechnungssystem.

Das Ziel der Kosten- und Leistungsrechnung ist, dem Bürger Dienstleistungen wirtschaftlich anzubieten.

Die Bilanz

Gemäß § 104a Abs. 1 GO LSA i. V. m. § 32 Abs. 1 GemHVO Doppik LSA und Nr. 4.1 Bewertungsrichtlinie Land Sachsen-Anhalt (BewertRL LSA) hat die Stadt Köthen (Anhalt) zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres

- sämtliche in ihrem wirtschaftlichen Eigentum stehenden Vermögensgegenstände und
- Verbindlichkeiten

unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Inventur vollständig aufzunehmen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten anzugeben. Das hat auf Grundlage der „Durchführungsbestimmungen für das Inventarwesen der Kommunen in Sachsen-Anhalt (Inventurrichtlinie - InventRL LSA)“ zu erfolgen. Damit soll gewährleistet werden, dass die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten einheitlich, vollständig und nach dem Vorsichtsprinzip erfolgt.

Die Bilanz weist als einzelne Bilanzpositionen das Anlage- und Umlaufvermögen auf der Aktivseite sowie dessen Finanzierung durch das Fremdkapital auf Passivseite zu einem bestimmten Stichtag aus.

Unter der Position Anlagevermögen werden alle Gegenstände erfasst, die dazu bestimmt sind, dauerhaft zur Aufgabenerledigung genutzt zu werden. Hierzu gehören die immateriellen Vermögensgegenstände (z. B. Software), Sachanlagen (z.B. Gebäude und

Grundstücke) sowie Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen).

Das Umlaufvermögen beinhaltet die Vermögensgegenstände, welche nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäfts- und Verwaltungsbetrieb zu dienen. Umlaufvermögen sind zum Beispiel Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Forderungen, liquide Mittel sowie Grundstücke in Entwicklung die zur Veräußerung vorgesehen sind.

Das Fremdkapital weist die Schulden der Verwaltung aus. Es handelt sich dabei um Verbindlichkeiten und Rückstellungen, welche den Charakter einer Verbindlichkeit gegenüber Dritten haben, die wirtschaftlich verursacht oder rechtlich entstanden ist.

Durch das Eigenkapital wird keine Liquidität dargestellt bzw. ausgewiesen. Es stellt lediglich eine Rechengröße dar. Diese basiert auf der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Rückstellungen und Verbindlichkeiten).

Gemäß § 108 Abs. 3 GemHVO Doppik LSA ist die Eröffnungsbilanz durch einen Rechenschaftsbericht, der als Anhang der Eröffnungsbilanz zugefügt wird, zu erläutern. Dieser soll gem. § 47 GemHVO Doppik LSA einen Überblick zu den Posten der Bilanz und verwendeten

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geben und erläutern. Angewandte Vereinfachungsregeln sind hier darzustellen.

Da die Stadt Köthen (Anhalt) zum Haushaltsjahr 2012 die Doppik eingeführt hat, ist die Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2012 aufzustellen.

Anwendung der Bilanzierungsgrundsätze

Vollständigkeitsprinzip

Für die Eröffnungsbilanz sind alle bilanzierungsfähigen und sich im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Köthen (Anhalt) befindenden Vermögensgegenstände vollständig mengenmäßig zu erfassen, zu bewerten und darzustellen. Grundlage des Vollständigkeitsprinzips ist das Bruttoprinzip, das die Verrechnung von Posten der Aktivseite mit Posten der Passivseite verbietet. Vollständig abgeschriebene, aber noch genutzte Wirtschaftsgüter, sind weiterhin nachzuweisen.

Einzelbewertungs- und Stichtagsprinzip

Für die Bilanzierung des Anlagevermögens gilt der Grundsatz der Einzelerfassung und Einzelbewertung gemäß § 37 Nr. 2 GemHVO Doppik LSA. Das heißt, alle selbständig bewertungs- und nutzungsfähigen Wirtschaftsgüter sind zum Bilanzstichtag einzeln zu erfassen und zu bewerten.

Ausnahmen von diesem Bilanzierungsgrundsatz, wie die Durchführung von Bewertungsvereinfachungsverfahren, sind nur in den laut § 32 Abs. 2 und 3 GemHVO Doppik LSA in Verbindung mit den in Nr. 4.2 BewertRL LSA gesetzlich zugelassenen Fällen möglich. Demnach wird von dem Grundsatz der Einzelbewertung abgewichen, wenn es sich bei dem zu bewertenden Vermögensgegenstand um eine Sachgesamtheit handelt. Die Bewertung erfordert die Abgrenzung der Einzelposten gegeneinander und die Entscheidung darüber, ob ein Vermögensgegenstand selbständig ist oder ob er zusammen mit anderen Vermögensgegenständen eine Bewertungseinheit bildet. Der Nutzungs- und Funktionszusammenhang, in den ein Vermögensgegenstand gestellt ist, ist daher entscheidendes Kriterium für die Bestimmung der Bewertungseinheit. So bilden

Wirtschaftsgüter eine Bewertungseinheit, wenn die Gegenstände für sich allein betrachtet unvollständig erscheinen oder das Fehlen eines Gegenstandes ein negatives Gepräge ergeben würde, dadurch also die Nutzbarkeit für den Betrieb in der vorgesehenen Weise verloren ginge. Der Vermögensgegenstand kann je nach seiner Funktion selbständig oder Teil einer größeren Bewertungseinheit sein. Außerdem ist eine Gruppenbewertung von beweglichen Vermögensgegenständen möglich, wenn diese in Art und Wert gleich sind.

Vorsichtsprinzip

Dieser handelsrechtliche Grundsatz besagt, dass die Vermögensgegenstände vorsichtig zu bewerten und insbesondere alle vorhersehbaren Risiken und Verluste zu berücksichtigen sind. Stehen mehrere Wertansätze zur Auswahl, so ist am Bilanzstichtag nach dem Niederstwertprinzip zu verfahren.

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit

Der Aufwand, welcher für die Erfassung und Bewertung des Vermögens erforderlich ist, muss im angemessenen Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen stehen. Wo eine eindeutige Zuordnung der Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht darstellbar war, erfolgte eine pauschalierte Bewertung des Anlagevermögens.

Bewertungsbasis bei der Stadt Köthen (Anhalt)

Bei der Stadt Köthen (Anhalt) wird von folgendem Grundsatz ausgegangen:

Sowohl die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 als auch die Folgebilanzen basieren auf den Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK).

Sofern die AHK nicht mehr zu ermitteln sind oder die Ermittlung mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden ist, erfolgt die Bewertung zu „vorsichtig geschätzten Zeitwerten“. Das trifft vorrangig für Vermögensgegenstände zu, die sehr weit vor dem Bilanzstichtag erworben oder hergestellt wurden und die Zuordnung der einzelnen Beträge nicht mehr eindeutig nachvollziehbar ist. Diese Möglichkeit wurde vorrangig beim Infrastrukturvermögen gemäß Nr. 5.5 BewertRL LSA angewendet.

Aktiva

1. Anlagevermögen

Gesamtbetrag: 123.156.868,45 Euro

Unter der Bilanzposition Anlagevermögen wurden gemäß § 34 (2) GemHVO Doppik LSA alle Gegenstände erfasst, die dazu bestimmt sind, mehrjährig durch die Stadt Köthen (Anhalt) genutzt zu werden, d. h. dass der Vermögensgegenstand nicht zur Veräußerung bestimmt ist und seine Zweckbestimmung darin besteht, dem Geschäftsbetrieb mehrere Jahre zu dienen.

Nach Nr. 4.1 BewertRL LSA sind ein Vermögensgegenstand auf der Aktivseite der Bilanz als Anlagevermögen zu erfassen, wenn die Kommune deren wirtschaftlicher Eigentümer ist.

Der Vermögensgegenstand hat dem Kriterium der selbstständigen Verwertbarkeit (veräußerbar) nach Nr. 4.1 BewertRL LSA zu unterliegen. Demnach ist ein Vermögensgegenstand selbstständig verwertbar, wenn er ohne weitergehende Bearbeitung in seinem bestehenden Zustand durch Veräußerung oder Nutzung gegenüber Dritten in

Liquidität umgewandelt werden kann.

Insbesondere gehören zum Anlagevermögen:

- Immaterielles Vermögen
- Sachanlagen
- Finanzanlagen

Unterliegen die Vermögensgegenstände einer regelmäßigen Abnutzung oder werden sie durch außergewöhnliche Vorfälle verbraucht, wird die hierdurch verursachte Minderung des Anlagevermögens als bilanzielle Abschreibung gemäß § 40 GemHVO Doppik LSA ergebniswirksam erfasst.

Für die planmäßigen Abschreibungen auf alle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurde die lineare Abschreibungsmethode gemäß § 40 Abs. 1 Satz 2 GemHVO angewendet. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern, für die abnutzbaren Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, richten sich grundsätzlich nach der Abschreibungstabelle des Landes Sachsen-Anhalt, welche Anlage der BewertRL Sachsen-Anhalt ist.

Im Einzelfall wurde davon abgewichen, wenn die Abschreibungstabelle des Landes Sachsen-Anhalt keine genauen Angaben enthielt. Die Nutzungsdauern werden in Zeitspannen, d. h. Minimum und Maximum an Jahren in denen das Anlagevermögen abgeschrieben werden soll, angegeben. Zur Bestimmung der genauen Nutzungsdauer wurde sich in solchen Fällen hilfsweise an der Abschreibungstabelle des Landes Rheinland-Pfalz orientiert.

1 a) Immaterielles Vermögen

Betrag: 1.052.701,06 Euro

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung der Stadt Köthen (Anhalt) Aufwendungen aus einem Kauf- oder Tauschvertrag entstanden sind.

Zum Eröffnungsbilanzstichtag hat die Stadt Köthen (Anhalt) zu aktivierende immaterielle Vermögensgegenstände vorrangig im Bereich der Datenverarbeitungssoftware vorzuweisen. Diese umfassen Ausgaben für erworbene Software und Datenbanken, die länger als ein Jahr genutzt werden.

Die Software bzw. Datenbanken wurden einzelfallsbezogen mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet.

Die Kanalnutzungsrechte der Stadt Köthen (Anhalt), welche sich auf Investitionen für den Bereich der Straßenoberflächenentwässerung in Mischkanäle des Abwasserverbandes Köthen begründen, wurden als immaterielle Vermögensgegenstände bewertet. Es handelt sich um den städtischen Anteil der Regenentwässerung in den Mischkanälen. Dieser wurde analog zu den Leitungen mit einer Nutzungsdauer von 50 Jahren angesetzt und abgeschrieben.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt im 01er Konten-Bereich:

- 012 Lizenzen
- 013 Datenverarbeitungs-Software
- 014 Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen

1 b) Sachanlagevermögen

Betrag: 79.788.991,17 Euro

Sachanlagen stellen materielle Vermögensgegenstände dar, welche gem. § 46 Abs. 3 GemHVO Doppik LSA zu erfassen sind. Es setzt sich aus beweglichem und unbeweglichem Sachanlagevermögen zusammen.

1 b)aa) Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Betrag: 8.137.938,77 Euro

Die Bilanzposition Grund und Boden beinhaltet die sich im Eigentum der Stadt Köthen (Anhalt) befindenden unbebauten Grundstücke (Bauland, land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen, Grün- bzw. Erholungsflächen, Wasserflächen und sonstige unbebaute Grundstücke) auf welchen sich keine benutzbaren Gebäude befinden, einschließlich der entsprechenden Oberflächengewässer.

Unbebaute Grundstücke wurden gemäß 5.2 BewertRL LSA mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Sind diese nicht mehr ermittelbar, wurde der Grund und Boden mittels

Vergleichswertverfahren nach der Wertermittlungsverordnung mit dem aktuellen Bodenrichtwert am Wertermittlungstichtag (hilfsweise mit dem niedrigsten Bodenrichtwert umliegender vergleichbarer Grundstücke) bewertet. Die Bodenrichtwerte stellen durchschnittliche Bodenwerte je Quadratmeter Grundstücksfläche mit im Wesentlichen gleichen Lage-, Nutzungs- und Wertverhältnissen dar. Maßgebliche Eigenschaften sind z.B. der Erschließungszustand, die Art und das Maß der baulichen Nutzung sowie die Grundstücksgestalt und die Grundstückstiefe. Abweichungen von den ortsüblichen Verhältnissen wurden durch entsprechende Zu- und Abschläge berücksichtigt.

Zusätzlich ergeben sich Abweichungen u. a. aufgrund von Eintragungen im Grundbuch, im Baulastenverzeichnis oder im Altlastenkataster. Die durch Geh-, Fahr- oder Leitungsrechte belastete Grundstücksteilfläche ist in der Regel pauschal landeseinheitlich in ihrem Wert um 20 v. H. zu reduzieren. Befinden sich auf dem Grundstück für den Abbruch vorgesehene Objekte, wurden die anfallenden Abbruchkosten ebenfalls vom Gesamtwert abgesetzt. Bei Aufwuchs auf unbebauten Grundstücken wurde in der Regel nur der Grund und Boden bewertet. Stellt der Aufwuchs aber eine selbstständige Vermögensposition dar, erfolgte eine zusätzliche gesonderte Bewertung.

Unbebaute Grundstücke

- Landwirtschaftlich genutzte Flächen/Ackerland

Zur Bewertung landwirtschaftlich genutzter Flächen wurden das Allgemeine Liegenschaftsbuch (ALB) und die Allgemeine Liegenschaftskarte (ALK) herangezogen. Die Bewertung wurde unter Berücksichtigung der ausgewiesenen Ackerzahlen in Verbindung mit dem aktuellen Grundstücksmarktbericht vorgenommen. Für die Ackerflächen der Stadt Köthen (Anhalt) wurde ein Durchschnittswert von 1 €/m² angenommen.

- Wasserflächen

Primär wurden die Anschaffungskosten angesetzt. Waren diese nicht bekannt, wurden 10 v. H. der im Grundstücksmarktbericht ausgewiesenen Bodenrichtwerte zugrunde gelegt. Im Übrigen empfiehlt sich die Bewertung mit 0,10 EUR/m². Da analog der Wald- und Forstflächen keine gewerbliche Nutzung der Wasserflächen vorliegt, wurde einheitlich mit 0,10 €/m² bewertet.

- Grün- und Erholungsflächen

Grundsätzlich erfolgte die Bewertung von Grün- und Erholungsflächen mit 10 v.H. des Bodenrichtwertes der Umgebungsflächen. Weiterhin wurden im ländlichen Bereich 1,50 EUR/m² und im städtischen Bereich 5 EUR/m² pauschal bilanziert. Zusätzlich ist gegebenenfalls die Bewertung des Auswuchses nach Anschaffungskosten vorgenommen worden.

- Sport- und Spielflächen

Sport- und Spielflächen wurden vorrangig mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Liegen diese nicht vor, wurden 30 v. H. des Bodenrichtwertes, hilfsweise 30 v. H. des geringsten Bodenrichtwertes der umliegenden Grundstücke angesetzt.

- Grundstücke mit Kleingartenanlagen

Grundstücke mit Kleingartenanlagen wurden mit 10 v. H. des geringsten Bodenrichtwertes der umliegenden Grundstücke angesetzt.

- Sonderflächen

Die Sonderflächen beinhalten die Grundstücke, welche aufgrund ihrer speziellen Nutzung nicht ohne erheblichen Aufwand einer anderen Nachnutzung zugeführt werden können. Hierzu zählen Grundstücke, wie Unland, historische Anlagen, schutzwürdige Flächen, Übungsgelände usw. Die Gesamtheit aller vorhandenen Sonderflächen wurde mit einem Erinnerungswert von einem Euro angesetzt. Die Bewertung von Friedhofsflächen wurde, abweichend zu Vorgenanntem, mit 10 v. H. des Bodenrichtwertes vorgenommen.

Grundstücksgleiche Rechte

Die Bewertung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks basiert gemäß Nr. 5.2 a) BewertRL LSA auf der Grundlage des 18,6-fachen des Erbbauzinses. Zum Ansatz kamen die vertraglich vereinbarten Erbbauzinsen.

1 b)bb) Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Betrag: 28.035.797,26 Euro

Bebaute Grundstücke

Die Bewertung des Grund und Bodens erfolgte nach Nr. 5.2 und Nr. 5.6 BewertRL LSA mit dem aktuellen Bodenrichtwert. Dieser verringert sich bei den kommunal genutzten bebauten Grundstücken um 70 %.

Bebaute Grundstücke sind gemäß § 46 Abs. 3 GemHVO Grundstücke, auf welchen sich benutzbare Gebäude befinden. Dazu gehören Wohngebäude, soziale Einrichtungen, Schulen, Kultur-, Sport- und Gartenanlagen, Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude. Dabei ist nach kommunal und nicht kommunal genutzten Gebäuden zu unterscheiden. Die Gebäude wurden aufgrund ihrer wertmäßigen Bedeutung grundsätzlich unter Heranziehung der fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten einzeln bewertet. Sofern diese nicht mehr ermittelbar waren, wurde die Bewertung des Gebäudes durch Ermittlung der historischen Normalherstellungskosten vorgenommen. Diese geben die durchschnittlichen Baukosten (Normalherstellungskosten) an, die für den jeweiligen Gebäudetyp pro m² Fläche anzusetzen sind. Grundlage dafür sind die Normalherstellungskosten 2000 (NHK 2000). Die NHK 2000 ist Bestandteil der Richtlinie für die Verkehrswertermittlung von Gebäuden (Wertermittlungsrichtlinie).

Grundstücksgleiche Rechte

Die Bewertung der Grundstücke mit Erbbaurechten wurde gemäß Nr. 5.2 a) BewertRL LSA vorgenommen. Der Quadratmeterpreis, der mit Erbbaurecht belasteten Grundstücke, basiert auf dem vertraglich vereinbarten Erbbauzins. Dieser wurde mit dem 18,6-fachen multipliziert, woraus sich der Wert des jeweiligen Grundstücks ergibt.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte erfolgt im 03er Kontenbereich:

- 0311 Grund und Boden bebauter Grundstücke
- 0321 Gebäude und Aufbauten auf bebauten Grundstücken

1b)cc) Infrastrukturvermögen

Betrag: 39.772.902,14 Euro

Das Infrastrukturvermögen beinhaltet die öffentlichen Einrichtungen, welche ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der öffentlichen Infrastruktur dienen. Dazu gehören nach Nr. 5.5 BewertRL LSA die Verkehrs- sowie die Ver- und Entsorgungseinrichtungen der Stadt Köthen (Anhalt).

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Hier wurden alle aktivierbaren Werte des Grund und Bodens erfasst, wie Grundstücke mit Straßen, Straßenbegleitgrün und sonstige Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen. Dazu gehören zum Beispiel Brücken und wasserbauliche Anlagen.

Die Bewertung der Straßengrundstücke umfasst den Grund und Boden, auf dem die Straße erstellt wurde; Straßenkörper und Straßenzubehör wurden dabei gesondert bewertet. Für Straßengrundstücke wurden 10 v. H. des Bodenrichtwertes der umliegenden Grundstücke, hilfsweise ein pauschaler Festwert von 1,50 Euro/m² im ländlichen Bereich und 5 Euro/m² im städtischen Bereich angesetzt.

Bauliche Anlagen des Infrastrukturvermögens

In diesem Bereich wurden die Kosten für Straßen und Kanalisation - soweit diese nicht den Gebäuden zuzurechnen sind - erfasst und bewertet. Zu den sonstigen Bauten zählen zum Beispiel Brücken, städtische Entwässerungsanlagen und sonstige Wasserbauten.

Bewertung der Straßen der Stadt Köthen (Anhalt)

Die Straßen der Stadt Köthen (Anhalt) sind gem. § 38 (1) GemHVO Doppik LSA in Verbindung mit Nr. 5.5 der Bewertungsrichtlinie LSA bewertet worden. Demzufolge grundsätzlich mit Anschaffungs- und Herstellungskosten, wenn diese nicht zu ermitteln waren, wurden die Straßen in Bauklassen eingeteilt und über die Feststellung der Zustandsklassen und der Nutzungsdauer bewertet.

Die Straßenbeleuchtung wurde bis zum Stichtag 31.12.2006 auf Basis des Gutachtens der Dr. Rönitzsch GmbH bewertet. Ab 01.01.2007 wurde das Gutachten fortgeschrieben und die investiven Maßnahmen mit Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst und insgesamt abgeschrieben.

Regenwasserkanäle wurden alle mit einem Erinnerungswert von 1,00 Euro erfasst und bewertet, da die bestehenden Kanäle altersbedingt abgeschrieben sind und es keine Erneuerungen gab.

Der Wert sowie die Restnutzungsdauer der Brücken wurden nach Bauweise und Zustand geschätzt.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens und den baulichen Anlagen des Infrastrukturvermögens erfolgt im 04er Kontenbereich.

- 0411 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens
- 0421 Bauliche Anlagen des Infrastrukturvermögens

1 b)dd) Bauten auf fremden Grund und Boden

Betrag: 142.367,44 Euro

Die Bauten auf fremden Grund und Boden beinhalten ein vertraglich gesichertes Recht, eine bauliche Anlage auf fremdem Grund und Boden vorzuhalten. Dazu gehören z. B. Trafostationen. Es handelt sich um selbstständige bauliche Einheiten.

Buchung:

Bauten auf fremden Grund und Boden werden im 05er Kontenbereich bilanziell dargestellt.

- 0521 Bauten auf fremden Grund und Boden

1 b)ee) Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

Betrag: 14.390,02 Euro

Zu den Kunstgegenständen und Kulturdenkmälern gehören Objekte aller Art, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte, und Kultur im öffentlichen Interesse liegen.

Neuanschaffungen von Kunstgegenständen, das betrifft nur Kunstgegenstände von allgemein anerkannten Künstlern, wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskosten bewertet. Dazu gehören zum Beispiel die Gemälde im Ratssaal. Kunstgegenstände unterliegen nicht dem Werteverzehr und damit auch nicht der Abschreibung.

Baudenkmäler wurden, soweit sie nicht als Gebäude oder Teil eines Gebäudes genutzt

werden, wie Bodendenkmäler nach Nr. 5.7 BewertRL LSA in der Eröffnungsbilanz mit einem Erinnerungswert von 1,- Euro bewertet.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler erfolgt im 06er Kontenbereich.

- 0611 Antiquitäten und Kunstgegenstände
- 0651 Baudenkmäler
- 0661 Übrige Denkmäler
- 0691 Sonstige Kulturgegenstände, Kulturdenkmäler

1 b)ff) Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Betrag: 1.179.529,36 Euro

Unter dieser Bilanzposition wurden alle Maschinen und technischen Anlagen bilanziert, welche nicht den anderen Bilanzpositionen zuordenbar waren.

Unter Maschinen und technischen Anlagen sind u. a. Computeranlagen, Klimaanlage, Tresoranlagen, Parkscheinautomaten und technische Anlagen des Betriebshofes (z. B. Streugutsilo) zu verstehen.

Unter der Position Fahrzeuge sind alle im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Köthen (Anhalt) stehenden Fahrzeuge bewertet worden. Hierzu zählen auch Spezialfahrzeuge, wie z. B. Feuerwehrfahrzeuge, Fahrzeuge des Bauhofs, Dienstfahräder u. a.

Die Bewertungsgrundlage war hier grundsätzlich die Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die jeweiligen Abschreibungen.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge erfolgt im 07er Kontenbereich.

- 0711 Fahrzeuge
- 0721 Maschinen
- 0731 Technische Anlagen

1 b)gg) Betriebsvorrichtungen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Nutztiere

Betrag: 1.154.400,46 Euro

Als Betriebsvorrichtungen werden solche Gebäudeteile bezeichnet, die nicht in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit dem Gebäude stehen. Hierbei handelt es sich gem. Nr. 5.8 BewertRL LSA auch um fest mit dem Gebäude oder Grundstück verbundene bewegliche und unbewegliche Wirtschaftsgüter.

Weiterhin zählen zu den Betriebsvorrichtungen Spielgeräte auf den Kinderspielplätzen, Sportanlagen u. a.

Die beweglichen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist und deren Anschaffungs- und Herstellungskosten 3.000 Euro ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, wurde gemäß § 53 Abs.7 GemHVO Doppik auf eine Bewertung sowie auf einen bilanziellen Ansatz verzichtet.

Betriebs- und Geschäftsausstattungen unter einem Netto-Wert von 3.000 Euro Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden im Rahmen der Inventarisierung in gesonderten Inventarlisten mit der Mengenangabe erfasst und nicht bilanziell bewertet.

Die Ausstattungen über 3.000 Euro Netto-Anschaffungskosten wurden, wie alle anderen Vermögensgegenstände, bewertet und mit der jeweiligen Nutzungsdauer abgeschrieben. Diese Regelung gilt nur für die Ersterfassung aufgrund der Doppikeinführung.

Nutzpflanzen befinden sich nicht im Eigentum der Stadt Köthen (Anhalt), daher bleibt dieser Bilanzpunkt unberührt.

Die Tiere des Köthener Tierparks wurden mit 1,00 Euro bewertet.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge erfolgt im 08er Kontenbereich.

- 0811 Betriebsvorrichtungen
- 0821 Betriebs- und Geschäftsausstattung
- 0831 Tiere

1b)hh) Geleistet Anzahlungen, Anlagen im Bau

Betrag: 1.351.665,72 Euro

Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertig gestellter Sachanlagen auf einem eigenen oder fremden Grundstück ab. Es sind die Leistungen aktiviert, die bis zum 01.01.2012 für die noch nicht fertig gestellte Anlage entstanden und in Rechnung gestellt sind. Bis zur Fertigstellung erfolgt keine Abschreibung des Vermögensgegenstandes.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau erfolgt im 09er Kontenbereich.

- 0961 Geleistet Anzahlungen auf Sachanlagen
- 0960 Anlagen im Bau
- 0961 Anlagen im Bau: Hochbaumaßnahmen
- 0962 Anlagen im Bau: Tiefbaumaßnahmen
- 0963 Anlagen im Bau: Sonstige Baumaßnahmen

1c) Finanzanlagevermögen

Betrag: 42.199.423,88 Euro

1 c)aa) Anteile an verbundenen Unternehmen

Betrag: 1,00 Euro

Verbundene Unternehmen sind gemäß Nr. 5.11 Abs. 3 BewertRL LSA solche, an denen die Stadt Köthen (Anhalt) beteiligt ist und über welche sie einen beherrschenden Einfluss ausübt. Anteile an verbundenen Unternehmen sind daher alle Unternehmen die nach den Vorschriften über die Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss als Tochterunternehmen einzubeziehen sind (vgl. §271 Abs. 2 HGB, § 290 HGB).

- **Anteile an verbundenen Unternehmen: Börsennotierte Aktien**

Betrag: 0,00 Euro

Derartige Bestände lagen zum 01.01.2012 bei der Stadt Köthen (Anhalt) nicht vor.

- **Anteile an verbundenen Unternehmen: Nichtbörsennotierte Aktien**

Betrag: 0,00 Euro

Hier handelt es sich um Aktien, deren Kurs nicht an der Börse notiert ist.
Derartige Bestände lagen zum 01.01.2012 bei der Stadt Köthen (Anhalt) nicht vor.

- **Anteile an verbundenen Unternehmen: Sonstige Anteilsrechte**

Betrag: 1,00 Euro

- Zweckverband „Um die Dorfstätte“

Der Zweckverband „Um die Dorfstätte“ ist mit 1,00 Euro bewertet. In diesem Fall wird noch eine spätere Wertanpassung vorgenommen, da der Zweckverband „Um die Dorfstätte“ erst zum 01.01.2013 auf die Doppik umstellt.

1 c)bb) Beteiligungen

Betrag: 41.171.922,52 Euro

Beteiligungen stellen Anteile der Kommune an Unternehmen und Einrichtungen dar, welche mit der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Verbindung zu ihnen herzustellen (vgl. § 271 Abs.2 und § 290 HGB in Verbindung mit § 108 Abs. 5 Satz 2 GO LSA). Dabei ist die Beteiligungsabsicht entscheidend und nicht die Beteiligungshöhe.

Beteiligungen sind nach § 53 Abs. 3 GemHVO Doppik LSA und Nr. 5.11 BewertRL LSA vorrangig mit den Anschaffungskosten anzusetzen.

- Hilfsweise ist die Bewertung mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals vorzunehmen. Letzteres erfolgt bei den Beteiligungen der Stadt Köthen (Anhalt), weil die Anschaffungskosten nicht mehr eindeutig nachvollziehbar sind und deren Ermittlung eines unverhältnismäßig hohen Aufwands bedarf.

Auf der nachfolgenden Grundlage sind die Beteiligungen der Stadt Köthen (Anhalt) bewertet.

Berechnungsschema:

	Anteiliges Grundkapital/gezeichnetes Kapital
+	Anteilige Rücklagen
+/-	<u>Anteilige Ergebnisvorträge</u>
=	Anteiliger Wert des Eigenkapitals

Beteiligungsarten:

Börsennotierte Aktien

Bei der Stadt Köthen (Anhalt) ist kein Bestand an börsennotierten Aktien vorhanden.

Nichtbörsennotierte Aktien:	136.997,68 €
KOWISA	
EnviaM AG	55.357,44 €
MIDEWA	36.000,00 €

Sonstige Anteilsrechte:

Wohnungsgesellschaft Köthen mbH	35.717.438,00 €
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	33.981,99 €
Köthen Kultur und Marketing GmbH	48.066,64 €
Köthener Bachgesellschaft mbH	35.014,78 €
Abwasserverband Köthen	949.677,00 €
Abwasserverband Ziethetal	5.972,65 €

1 c)cc) Sondervermögen

Betrag: 1.020.063,21 Euro

Zum Sondervermögen einer Gemeinde gehören nach § 110 Abs. 1 GO LSA:

- das Gemeindegliederungsvermögen (Nutzungsrechte Dritter am Grundvermögen)
- das Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen, Nachlässe, Vermächtnisse
- das Vermögen der Eigenbetriebe
- und rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

Als Eigenbetrieb der Stadt Köthen (Anhalt) fungiert das Pflegeheim „Am Lutzepark“. Dessen Bewertung basiert ebenfalls auf dem anteiligen Wert des Eigenkapitals gem. § 53 Abs. 3 GemHVO Doppik LSA. Weitere Einrichtungen des Sondervermögens liegen nicht vor.

1 c)dd) Ausleihungen

Betrag: 7.437,15 Euro

Ausleihungen beinhalten langfristige Forderungen aus Geld- und Finanzgeschäften. Dazu zählen Darlehen, Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie stille Beteiligungen. Hier stellt der Nennbetrag die Anschaffungskosten dar. Die Stadt Köthen (Anhalt) hat keine Ausleihungen getätigt.

1 c)ee Wertpapiere

Betrag: 0,00 Euro

Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die weder als Anteile an verbundenen Unternehmen noch als Beteiligung anzusehen sind und sonstige Wertpapiere, wie z. B. Pfandbriefe, Obligationen, Investmentanteile und Schuldverschreibungen, welche auf Dauer angelegt sind. Das ist in der Regel nicht der Fall bei Wertpapieren, die dem Zahlungsverkehr

oder als Liquiditätsanlage dienen.

Die Stadt Köthen (Anhalt) ist nicht im Besitz von Wertpapieren.

Buchungen:

Die bilanzielle Darstellung der erfolgt im 10er Kontenbereich.

Anteile an verbundenen Unternehmen: Nichtbörsennotierte Aktien - Verbuchung Eröffnungsbilanz unter Konto 1013

Beteiligungen: Verbuchung Eröffnungsbilanz unter Konten 1012 bis 1014, wenn ein beherrschender Einfluss vorliegt. Die Beteiligungen der Stadt Köthen sind unter dem Konto Beteiligungen: Sonstige Anteilsrechte zu buchen.

Sondervermögen: Eröffnungsbilanzbuchung unter dem Konto 1211

2. Umlaufvermögen

Gesamtbetrag: 5.418.328,76 Euro

Die Bilanzposition Umlaufvermögen beinhaltet alle Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb der Kommune zu dienen. Die Nichtdauerhaftigkeit begründet sich darauf, dass ein Verbrauch, Verkauf oder eine kurzfristige Nutzung vorgesehen ist.

2 a) Vorräte

Betrag: 4.056.481,10 Euro

Vorräte dienen grundsätzlich einem kurzfristigen Verbrauch. Die Vorräte untergliedern sich in die Positionen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren. Rohstoffe sind der Hauptbestandteil (z. B. Metalle, Holz), Hilfsstoffe der Nebenbestandteil (z.B. Schrauben, Leim, Farbe) eines erzeugten Produktes. Betriebsstoffe dienen dem Prozess der Produkterstellung (z. B. Brenn- und Schmierstoffe) und werden im Produktionsprozess verbraucht.

Unfertige Erzeugnisse und Leistungen sind Gegenstände des Vorratsvermögens, deren Leistungserstellungsprozess noch nicht vollständig abgeschlossen ist bzw. die noch nicht vollständig abgabe- und veräußerungsfähig sind.

Waren sind gekaufte Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens, welche ohne wesentliche Be- und Verarbeitung vollständig abgabe- und veräußerungsfähig sind. Dazu gehören die Familienstammbücher des Standesamtes. Das sind angekaufte Waren, welche dem Weiterverkauf dienen. Der Bestand der Familienstammbücher zum 01.01.2012 wird daher in der Eröffnungsbilanz angesetzt.

Für die anderen Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens erfolgt die direkte Buchung im Rahmen der Beschaffung als sofortiger Aufwand, weil so eine aufwendige Lagerbuchhaltung entfällt.

Vermögensgegenständen, welche zur Veräußerung vorgesehen sind und nicht dem Geschäftsbetrieb dienen, sind dem Umlaufvermögen zu zuordnen. Dazu gehören die Grundstücke in Entwicklung, wie zum Beispiel die Industrie- und Gewerbeflächen der Stadt

Köthen (Anhalt) und auch das Treuhandvermögen, welches durch die SALEG verwaltet wird. Der Grund und Boden wurde auf der Grundlage des Bodenrichtwerts bewertet und die sich gegebenenfalls darauf befindenden Gebäude analog der Gebäudebewertung.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der Vorräte erfolgt im 15er Kontenbereich:

- 1541 Waren
- 1552 Grundstücke in Entwicklung

2 b) öffentlich-rechtliche Forderungen

Betrag: 528.042,82 Euro

Öffentlich-rechtliche Forderungen resultieren gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2b) GemHVO Doppik aus der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Transferleistungen.

2 b)aa) öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen

Betrag: 280.943,31 Euro

Unter dieser Bilanzposition sind die Forderungen darzustellen, die sich aus der Gewährung von Zahlungsfristen ergeben. Das betrifft Forderungen aus Gebühren und Beiträgen.

2 b)bb) sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen (Steuern, Transferleistungen)

Betrag: 247.099,51 Euro

Darunter werden die Forderungen erfasst, bei denen ein zeitlicher Abstand zwischen der Verteilungstransaktion und der entsprechenden Zahlung entsteht. Dazu gehören die Forderungen aus Steuern und Transferleistungen.

2 c) privatrechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände

Betrag: 112.691,61 Euro

Privatrechtliche Forderungen stellen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2c) GemHVO Doppik den Gegenwert einer im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit erbrachten Leistung (Schuldverhältnis) dar. Dieses basiert auf einem Vertrag oder auf einer gesetzlichen Grundlage,

2 c)aa) privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Betrag: 271,97 Euro

Darunter fallen privatrechtliche Forderungen, welche durch die Gewährung von Zahlungszielen in Verbindung mit der Lieferung von Waren oder Dienstleistungen der Stadt Köthen (Anhalt) entstehen. Diese sind noch nicht bzw. nur zum Teil bezahlt worden und diesen liegen auch keine Kredite zugrunde.

2 c)bb) sonstige privatrechtliche Forderungen

Betrag: 4.043,22 Euro

Hierzu gehören Forderungen, die durch einen zeitlichen Abstand zwischen den

Verteilungstransaktionen und der entsprechenden Zahlung entstehen. Das sind Zahlungen für Mieten, Zinsen, Schenkungen und Auszahlungen ungeklärter vorläufiger Rechnungsvorgänge nach § 28 Abs. 1 GemHVO Doppik, wenn die korrekte Kontenzuordnung noch nicht durchführbar ist.

2 c)cc) sonstige Vermögensgegenstände

Betrag: 108.376,42 Euro

Unter dieser Position werden alle Ansprüche gegenüber Dritten bilanziert, welche keiner anderen Forderungsposition zugeordnet werden können und als Vermögenswerte dem Umlaufvermögen der Gemeinde zuzurechnen sind. Dazu gehören zum Beispiel die Vorsteuer, Gehalts- und Reisekostenvorschüsse und Schadensersatzansprüche. Weiterhin werden hier die antizipativen Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt. Das sind die Leistungen, die die Stadt Köthen (Anhalt) während des laufenden Jahres erhält (Ertrag), deren Zahlung aber erst im Folgejahr fällig gestellt wird.

Erläuterungen zur Bewertung des gesamten Forderungsbestandes

Forderungen werden nach § 46 Abs. 3 GemHVO Doppik im Umlaufvermögen der Vermögensrechnung ausgewiesen. Eine Mindestgliederung ergibt sich aus § 46 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b und c GemHVO Doppik. Gemäß § 49 Abs. 2 GemHVO Doppik ist als Anlage zur Vermögensrechnung (Bilanz) eine Forderungsübersicht zu erstellen. Die Forderungen werden nach ihren Fristen (bis zu einem Jahr; mehr als ein und weniger als fünf Jahre; mehr als fünf Jahre) gegliedert.

Verfahren der Forderungsbewertung

- **Ermittlung des Gesamtbestandes**

Der Gesamtbestand der Kasseneinnahmereste in 2011 beträgt 16.781.305,46 Euro. Nach den kameralen Vorschriften sind als Kasseneinnahmereste auch die Sollfehlbeträge des Verwaltungshaushaltes in das kommende Haushaltsjahr vorzutragen. In der Doppik gehören die Sollfehlbeträge nicht zum Forderungsbestand. Die Sollfehlbeträge betrugen zum 31.12.2011 13.719.547,43 Euro. Der Bestand an Forderungen umfasst somit einen Gesamtbetrag (unbewertet) in Höhe von 3.061.758,03 Euro.

- **Vorgehensweise zur Bewertung der Forderungen**

Der Gesamtbestand setzt sich aus ca. 7000 Einzelforderungen zusammen. Eine vollständige Bewertung aller Forderungen mit den entsprechenden Buchungsvorgängen ist bis zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz, wegen der Anzahl an Forderungen, nicht möglich.

Vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen- Anhalt wird deshalb, mit Schreiben vom 19.07.2010, ein Verfahren zur vorläufigen Wertberichtigung von Forderungen im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz empfohlen.

Zur bilanziellen Abbildung von Forderungen in der Eröffnungsbilanz sind sogenannte Wertberichtigungskonten (Aktivkonten der Bilanz) befristet einzurichten, die die zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz vorliegenden Forderungen beinhalten, welche noch einer Wertberichtigung zu unterziehen sind.

Dazu sind folgende Unterkonten einzurichten:

16112 Wertberichtigung von öffentlich-rechtlichen Forderungen aus Dienstleistungen

16912 Wertberichtigung von übrigen öffentlich-rechtlichen Forderungen

17112 Wertberichtigung von privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

17212 Wertberichtigung von übrigen privatrechtlichen Forderungen

In diesen Wertberichtigungskonten werden die voraussichtlichen Beträge als Minusbeträge gebucht, die sich aus den Einzelwert- und Pauschalwertberichtigungen ergeben.

- Einzelwertberichtigung

Um einen möglichst realistischen Wert für eine vorläufige Wertberichtigung zu erhalten, wurden Forderungen über einem Wert von 2000 Euro (je Kassenzeichen) einzeln betrachtet und bewertet. Bestehen gegenüber den betreffenden Zahlungspflichtigen weitere Forderungen unter 2000 Euro, wurden auch diese einzeln betrachtet und bewertet.

In diesem Zusammenhang wurden keine Forderungen berücksichtigt, die einer Aussetzung der Vollziehung unterliegen.

Insgesamt wurde daher ein Forderungsbestand in Höhe von 2.451.147,14 Euro einer Einzelwertberichtigung unterzogen. Da es bis zur Erstellung der Eröffnungsbilanz zeitlich nicht darstellbar ist, die mit den entsprechenden Einzelwertberichtigungen verbundenen Buchungsvorgänge auf den betreffenden Kassenzeichen vorzunehmen, sind die Ergebnisse der Einzelwertberichtigungen auf den vorläufigen Wertberichtigungskonten zu buchen.

Bei der Bewertung der Forderungen wurden die einzelnen Umstände berücksichtigt, die sich aus der Person des Schuldners und aus der Eigenschaft der Forderung ergeben. Ebenso wurden zu erwartende bzw. zwischenzeitlich erfolgte Zahlungseingänge beachtet. Berücksichtigt wurden Buchungsvorgänge zu den Forderungen in 2012 und 2013.

Eine vollständige Wertkorrektur wurde vorgenommen wenn,

- Für die Forderungen in der Vergangenheit bereits Niederschlagungsanträge durch die Kasse an die Fachämter gestellt wurden, Anträge in Bearbeitung sind oder zwischenzeitlich eine Niederschlagung der Forderung erfolgte,
- für Zahlungspflichtige das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, mit einer Befriedigung im Insolvenzverfahren nicht zu rechnen ist,
- in den Haushaltsjahren 2012 bzw. 2013 Sollabgänge der Forderungen erfolgten (Beispiel: Aufhebung einer Steuerfestsetzung und Sollabgang der Forderung)
- sie im laufenden Zwangsvollstreckungsverfahren vorläufig nicht realisierbar sind und eine Niederschlagung der Forderung zu erfolgen hat (zum Beispiel wegen Abgabe eidesstattlicher Versicherung des Schuldners),

Teilweise Wertkorrekturen erfolgten in den Fällen, bei denen die Realisierungschancen für die Zukunft als unsicher einzuschätzen sind. Dazu gehören Forderungen, für die im Rahmen von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, wegen Zahlungsunfähigkeit der Schuldner, Teilzahlungsbeträge in Form von Kleinstbeträgen entgegengenommen werden. Bis zu einer vollständigen Realisierung der Rückstände bestehen teilweise unüberschaubare Zeiträume.

Hier wurden lediglich die in den Jahren 2012/2013 erfolgten Zahlungen berücksichtigt.

Eine prozentuale Wertberichtigung wurde auch bei Forderungen, für die im Zwangsversteigerungsverfahren - je nach Rangklasse der Forderung - unterschiedliche Realisierungschancen bestehen bzw. bei zwischenzeitlich abgeschlossenen Zwangsversteigerungsverfahren entsprechend den Zahlungseingängen, vorgenommen.

Forderungen, auf die im Haushaltsjahr 2012 bzw. 2013 vollständige Zahlungseingänge erfolgten, wurden nicht wertberichtigt. Bei speziellen Teilzahlungsvereinbarungen wurden keine Wertberichtigung vorgenommen.

Das Ergebnis der Einzelwertberichtigung beträgt insgesamt 2.208.342,83 Euro.

- Pauschalwertberichtigung

Im Anschluss an die Einzelbewertung wurde für den Restbestand in Höhe von 610.610,89 Euro, eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Hierbei wurde auf die Fälligkeit der Forderungen abgezielt. Der Wertabschlag wurde wie folgt pauschalisiert:

Fälligkeit:	1991-2006	2007	2008	2009	2010	>2011
Abschlag:	100%	80%	60%	40%	20%	2%

Ein allgemeines verbleibendes Ausfallrisiko für Forderungen des laufenden Jahres wurde in Höhe von 2 %, basierend auf dem Zahlungsausfall der laufenden Forderungen der letzten vier Jahre ermittelt. Es wurde davon ausgegangen, dass die Realisierungschancen mit zunehmendem Alter der Forderung sinken. Forderungen die einer Stundung unterliegen und deren Fälligkeit in die Zukunft verschoben wurde, wurden mit 2% abgewertet.

Für Forderungen, für die gemäß der §§ 361 Abs.2 AO und 80 VwGO eine Aussetzung der Vollziehung gewährt wurde, erfolgte eine vollständige Wertberichtigung, da in diesen Fällen erfahrungsgemäß mit einem Sollabgang der Forderungen zu rechnen ist.

Das Ergebnis der Pauschalwertberichtigung beträgt 236.737,57 Euro.

Der Bilanzansatz der Forderungen beträgt insgesamt 640.734,43 Euro und entspricht damit insgesamt 20,14 % der Ursprungsforderungen aus der Jahresrechnung 2011.

2 d) Liquide Mittel

Betrag: 721.113,23 Euro

Zu den liquiden Mitteln gehören insbesondere der Kassenbestand und Guthaben bei den Kreditinstituten.

Die Bestände an liquiden Mitteln wurden zum Bilanzstichtag mit dem entsprechenden Nennwert gemäß Nr. 5.15 BewertRL LSA bewertet. Eine Saldierung von Guthaben und Verbindlichkeiten wurde dabei nicht durchgeführt, da diese nicht zulässig ist.

2 d)aa) Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten

Betrag: 542.657,36 Euro

Hier wurden die Guthaben bzw. Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten erfasst.

2 d)bb) Sonstige Einlagen

Betrag: 173.947,37 Euro

Sonstige Einlagen sind zum 01.01.2012 bei der Stadt Köthen (Anhalt) nicht vorhanden.

2 d)cc) Bargeld

Betrag: 4.508,50 Euro

Der Bestand an Bargeld beträgt 4.508,50 Euro zum 01.01.2012.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der liquiden Mittel erfolgt im 18er Kontenbereich:

- 1811 Guthaben/Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten (Sofortige Umwandlung in Bargeld möglich, zum Beispiel Tages- und Festgelder)
- 1831 Kassenbestand (Banknoten und Münzen, die als Zahlungsmittel dienen)

3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Betrag: 33.637,21 Euro

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (§ 42 Abs.1 GemHVO Doppik LSA) werden für Auszahlungen gebildet, welche vor dem Bilanzstichtag getätigt wurden, aber erst Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (transistorische Posten). Hierdurch wird eine periodengerechte Abgrenzung erreicht.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten können sein:

Vorauszahlungen von Mieten und Pachten, Vorauszahlung von Schuldzinsen, Leasingsonderzahlungen, einmalige Lizenzgebühren, Disagio oder für geleistete Zuwendungen, an denen die Gemeinde das wirtschaftliche Eigentum hat etc..

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde bei der Stadt Köthen (Anhalt) für das Januargehalt der Beamten des Jahres 2012 angesetzt. Dieses wurde zum 31.12.2011 für den Januar 2012 ausgezahlt.

Die Buchung erfolgt in folgendem Kontenbereich:

- 1911 Aktive Rechnungsabgrenzung von Forderungen aus Zahlungsleistungen

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Betrag: 0,00 Euro

Wenn sich bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten (§ 46 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO Doppik LSA) ergibt, ist ein Fehlbetrag auf der Aktivseite als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. Dies ist bei der Stadt Köthen (Anhalt) nicht der Fall.

Buchung:

Die Buchung erfolgt auf folgendem Konto:

- 1991 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Passiva

1. Eigenkapital

Betrag: 46.120.378,52 Euro

Das Eigenkapital ist die Differenz zwischen der Aktivseite (Vermögen und aktive Rechnungsabgrenzungsposten) einerseits und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen), Sonderposten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten anderseits.

Das Eigenkapital wird gem. § 46 Abs. 4 GemHVO LSA in folgende Bilanzposten untergliedert:

- Rücklagen
- Sonderrücklagen
- Ergebnisvortrag
- Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

1 a) Rücklagen

Betrag: 46.120.378,52 Euro

Dieser Bilanzposten stellt eine absolute Saldogröße dar. Der Bilanzausweis resultiert gemäß § 46 Abs. 4 Nr. 1 Buchst. A GemHVO Doppik LSA aus der Differenz der Gegenüberstellung sämtlicher Aktivposten gegenüber den Passivposten unter Berücksichtigung einer eventuellen Sonderrücklage. Ergibt sich hier ein positiver Saldo, stellt dieser die Rücklage dar. Die Rücklagen dienen der Stärkung der Eigenkapitalbasis.

1 a)aa) Rücklage aus der Eröffnungsbilanz

Betrag: 46.120.378,52 Euro

Die Rücklage aus der Eröffnungsbilanz stellt das Basiskapital der Kommune dar, welches bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz festgestellt wird. Nach Erstellung der Eröffnungsbilanz wird dieses Konto nicht mehr bebucht. Eine Berichtigung ist gem. § 54 Abs. 3 GemHVO Doppik LSA letztmals im vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss realisierbar.

1 a)bb) Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

Betrag: 0,00 Euro

Hier wird ein Wert angesetzt, der, sich gegebenenfalls aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gem. § 103 GO LSA und § 22 Abs. 1 GemHVO Doppik LSA ergibt. Da ein doppisch relevanter Überschuss aus dem Jahr 2011 nicht vorliegt, erfolgt kein Ausweis in der Eröffnungsbilanz.

1 a)cc) Rücklagen aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

Betrag: 0,00 Euro

Diese Rücklage beinhaltet den Wert, der sich aus der Gegenüberstellung von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen ergibt. Der positive

Ergebnissaldo wird der Rücklage zugeführt. Ein entsprechender Sachverhalt liegt im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 nicht vor.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der liquiden Mittel erfolgt im 18er Kontenbereich:

201er Kontenbereich Rücklagen allgemein

2010 Rücklage aus der Eröffnungsbilanz

2011 Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

2012 Rücklagen aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

1 b) Sonderrücklagen

Betrag: 0,00 Euro

Sonderrücklagen können nach § 22 GemHVO Doppik LSA als pflichtige oder freiwillige Sonderrücklagen gebildet werden. Erhaltene Zuwendungen, die einer speziellen Zweckbindung unterliegen und deren ertragswirksame Auflösung der Zuwendungsgeber ausdrücklich ausgeschlossen hat (Kapitalzuschuss), sind als pflichtige Sonderrücklage zu passivieren (Nr. 5.18 BewertRL LSA). Bei der Stadt Köthen (Anhalt) liegen bis zum Stichtag 01.01.2012 keine Zuwendungen mit einem entsprechenden Zweckbindungsvermerk vor.

Der freiwillige Bereich der Sonderrücklagen kann nach § 22 Abs. 2 GemHVO Doppik LSA der vom Rat beschlossenen Anschaffung bestimmter Investitionsgüter dienen.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der liquiden Mittel erfolgt im 18er Kontenbereich:

2021er Kontenbereich

1 c) Fehlbetragsvortrag

Betrag: 0,00 Euro

Die Bilanzposition Fehlbetragsvortrag aus früheren Rechnungsperioden ist nach § 46 Abs. 4 Ziff.1 GemHVO Doppik LSA unter dem Eigenkapital der Passivseite der Bilanz auszuweisen. Diese enthält den kumulierten bzw. verbleibenden Gewinn- und Verlustvortrag aus den früheren Haushaltsjahren, welcher nach § 92 III GO LSA unverzüglich auszugleichen ist. Wenn das nicht möglich ist, kann der Fehlbetrag spätestens im fünften Jahr, das auf die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung folgt, ausgeglichen werden. Ein entsprechender Ergebnisvortrag ist für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 nicht anzusetzen.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der liquiden Mittel erfolgt im 18er Kontenbereich:

2031er Kontenbereich

1 d) Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)

Betrag: 0,00 Euro

Der Posten Jahresergebnis (Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag) wird aus dem Abschluss der Ergebnisrechnung eines Haushaltsjahres ermittelt. Die positive Differenz

zwischen den Gesamterträgen und Gesamtaufwendungen stellt den Jahresüberschuss eines Haushaltsjahres dar. Ein Jahresfehlbetrag ergibt sich, wenn die Höhe der Gesamtaufwendungen den Betrag der Gesamterträge eines Haushaltsjahres übersteigt.

Dieses Konto stellt die Gegenbuchungsposition zur Ergebnisrechnung dar. Daher ergibt sich diese Bilanzposition erstmals zum Bilanzstichtag 31.12.2012 und ist somit für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 nicht relevant.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der liquiden Mittel erfolgt im 18er Kontenbereich:

204er Kontenbereich

2. Sonderposten

Betrag: 23.245.195,16 Euro

Sonderposten entstehen in Verbindung mit zweckgebundenen Zuwendungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und werden nach dem Bruttoprinzip bilanziert. Zuwendungen stellen den Oberbegriff für Zuweisungen und Zuschüsse dar.

Zuwendungen, welche nicht der Durchführung von Investitionen dienen, werden der laufenden Verwaltungstätigkeit (Kontengruppe 414) zugeordnet und sind daher im Rahmen der Eröffnungsbilanz nicht anzusetzen.

Gemäß Nr. 5.19 der BewertRL LSA sind erhaltene Zuwendungen als Sonderposten zu passivieren, wenn sie für investive Maßnahmen gezahlt wurden und nicht frei verwendet werden dürfen. Analog wurde mit Spenden für den investiven Bereich verfahren.

Die Sonderposten werden auf Basis der Nominalwerte ausgewiesen und wurden bei der Betragsermittlung um die Anteile gemindert, welche der Abnutzung des jeweilig geförderten Vermögensgegenstandes entsprechen. Die Sonderposten werden analog den Abschreibungen des jeweiligen Anlagegutes aus dem Anlagevermögen aufgelöst. Dabei handelt es sich um Beträge, die in Nr. 4.2.7. BewertRL LSA als Ertragszuschuss bezeichnet werden.

Die Bewertung der Sonderposten erfolgte grundsätzlich mit dem Zahlungsbetrag, unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Wertminderung (Auflösung).

Es werden vier Sonderposten unterschieden.

Das sind:

- Sonderposten aus investiven Zuwendungen
- Sonderposten aus Beiträgen
- Sonderposten für den Gebührenaussgleich
- Sonstige Sonderposten

2 a) Sonderposten aus Zuwendungen

Betrag: 17.764.011,02 Euro

Die bilanzielle Abbildung der Sonderposten aus Zuwendungen basiert auf zweckgebundenen Zuwendungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.

Sonderposten aus Zuwendungen wurden ebenfalls für die in den vergangenen Jahren

vereinnahmten Investitionspauschalen angesetzt. Das erfolgte auf der Grundlage des kommunalen Sachbuchs. Dabei wurde die jährlich erhaltene Investitionspauschale ermittelt und um den Differenzbetrag der Auflösung zwischen dem Erhalt und dem Eröffnungsbilanzstichtag vermindert. Es wurde ein Auflösungszeitraum von 10 Jahren angesetzt. Dabei wurde sich an anderen Bundesländern orientiert, da der Auflösungszeitraum in Sachsen-Anhalt nicht näher bestimmt ist.

Weiterhin fallen unter diese Bilanzposition Schenkungen mit investivem Charakter. Diese wurden dem jeweiligen investiven Vermögen zugeordnet und als Sonderposten in gleicher Höhe dargestellt.

2 b) Sonderposten aus Beiträgen

Betrag: 5.481.184,14 Euro

Sonderposten aus Beiträgen entstehen im Zusammenhang mit zweckgebundenen Beiträgen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Sie werden nach dem Bruttoprinzip bilanziert. Beiträge sind Geldleistungen, welche zur Deckung des Aufwandes für die erforderliche Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der öffentlichen Erschließungs- und Verkehrsanlagen dienen. Die Beitragserhebung basiert auf den §§127 ff. BauGB bzw. 6 KAG.

Bei der Stadt Köthen (Anhalt) fallen die Sonderposten aus Beiträgen für die Straßenausbaubeiträge an. Dazu wurden den Straßen die jeweils vereinnahmten Straßenausbaubeiträge zugeordnet. Der Sonderposten wird so aufgelöst, dass das Ende der Auflösung mit dem Ende der Nutzungsdauer des Anlagegutes übereinstimmt.

2 c) Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Betrag: 0,00 Euro

Jahresüberschüsse aus den kostenrechnenden Einrichtungen, welche sich aus der Gegenüberstellung der tatsächlichen Kosten mit den Erlösen ergeben, sind nach § 5 Abs. 2b KAG im nächsten Kalkulationszeitraum auszugleichen, wobei dieser 3 Jahre nicht überschreiten soll. Diese Überschüsse wären gem. Nr. 5.19 BewertRL LSA in der Vermögensrechnung (Bilanz) einzustellen.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich sind bei der Stadt Köthen (Anhalt) zum 01.01.2012 nicht anzusetzen.

2 d) Sonstige Sonderposten

Betrag: 0,00 Euro

Hier sind alle Sachverhalte, die eine Sonderpostenbildung erforderlich machen und nicht den speziellen Bilanzposten der Sonderposten zuzuordnen sind, zu erfassen. Dazu gehören z. B. Sonderposten für Sanierungs-Ausgleichsbeträge. Die Auflösung dieser Sonderposten haben unter dem Konto „Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten“ zu erfolgen.

Die Berechnung von Sanierungs-Ausgleichsbeträgen beruht auf der Grundlage, dass alle Grundstücke im Sanierungsgebiet durch die öffentlich finanzierten Maßnahmen eine Wertsteigerung erfahren haben. Dies veranlasste den Gesetzgeber dazu, Teile der sanierungsbedingten Bodenwerterhöhung abzuschöpfen, d.h. als Ausgleichsbetrag zur Refinanzierung der Maßnahmen im Sanierungsgebiet einzusetzen.

Buchung:

Die bilanzielle Darstellung der liquiden Mittel erfolgt im 18er Kontenbereich:

2311 Sonderposten aus Zuwendungen
2321 Sonderposten aus Beiträgen
2331 Sonderposten für den Gebührenaussgleich
2341 Sonstige Sonderposten

3. Rückstellungen

Betrag: 7.077.271,24 Euro

Rückstellungen sind gem. § 35 Abs. 1 GemHVO Doppik LSA für die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten und Aufwendungen zu bilden.

3 a) Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen

Betrag: 0,00 Euro

Für die Stadt Köthen (Anhalt) ist diese Rückstellungsart für Pensionsverpflichtungen nach § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GemHVO Doppik LSA nicht erforderlich, da die Abwicklung im Umlageverfahren über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen (Anhalt) erfolgt.

Bei der Stadt Köthen (Anhalt) fällt die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern nach § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 GemHVO Doppik LSA nicht an, da die Abwicklung der Beihilfeverpflichtungen im Umlageverfahren, ebenfalls über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen (Anhalt) durchgeführt wird.

3 b) Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien

Betrag: 0,00 Euro

Zur Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien bestehen keine vertraglichen Verpflichtungen. Daher sind in dieser Hinsicht keine Rückstellungen zum Eröffnungsbilanzstichtag 01.01.12 auszuweisen.

3 c) Rückstellung für die Sanierungen von Altlasten

Betrag: 0,00 Euro

Zum 01.01.2012 stehen keine Vorhaben zur Sanierung von Altlasten an. Es liegt ein Altlastenkataster mit Verdachtsflächen vor. Entsprechend dem Altlastenkataster der Stadt Köthen (Anhalt) werden die Altlastenverdachtsflächen bei der Bewertung des Grund und Bodens mit Abschlägen bewertet. Demzufolge ist hier keine Rückstellung zu bilden.

Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten sind nach § 35 Abs. 1, S. 1, Nr. 3 und 4 GemHVO Doppik LSA nur einzustellen, wenn hinreichend bekannt ist, dass die Stadt Köthen (Anhalt) für eine Fläche zur Altlastensanierung finanziell in Anspruch genommen wird. Das wäre zum Beispiel nach einer entsprechenden Festlegung - durch eine Auflage des Landesverwaltungsamtes - gegeben. Dies trifft auf die Stadt Köthen (Anhalt) im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 nicht zu.

3 d) Rückstellung für unterlassene Instandhaltung

Betrag: 0,00 Euro

Im Rahmen der Bewertung des Vermögens der Stadt Köthen (Anhalt) wurde eine unterlassene Instandhaltung mit einer Wertminderung beim jeweiligen Anlagegut berücksichtigt, so dass keine Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen nach § 35 Abs. 1, S. 1, Nr. 5 GemHVO Doppik in der Eröffnungsbilanz darzustellen sind.

3 e) Sonstige Rückstellungen

Betrag: 7.077.271,24 Euro

3 e)aa) Verdienstzahlungen in der Freistellungsphase im Rahmen der Altersteilzeit, abzugeltender Urlaubsanspruch aufgrund längerfristiger Erkrankung und ähnliche Maßnahmen

Betrag: 4.647.295,34 Euro

Es besteht eine Verpflichtung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO Doppik LSA Rückstellungen für vereinbarte Altersteilzeitverhältnisse zu bilden.

Rechtsgrundlagen der Berechnungen sind die zu Grunde liegenden Altersteilzeitregelungen auf Basis des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl I 1196, S. 1206) und der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst vom 5. Mai 1998 in der jeweils aktuellen Fassung. Zur Bildung der Rückstellung sind die Kosten- und Wertverhältnisse am Tag der Rückstellungsbildung maßgeblich.

Bei der Stadt Köthen (Anhalt) kommt das Blockmodell zur Anwendung. Dabei wird in der ersten Phase (Beschäftigungsphase) unverändert weitergearbeitet und in der zweiten Phase (Freistellungsphase), die Pflicht zur Freistellung von der Arbeitsleistung.

Der bilanzielle Ausweis erfolgt dazu als „Rückstellungen für ATZ“ unter dem Konto 2811. Bereits mit Abschluss der ATZ-Vereinbarung ist eine Rückstellung für den Aufstockungsbetrag für die gesamte Altersteilzeitphase zu bilden (gem. Rundschreiben des Innenministeriums LSA vom 28.08.2012) und dann monatlich zeitanteilig in Anspruch zu nehmen.

Im Rahmen des ATZ-Vertrages sind das Regelarbeitsentgelt (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. A Altersteilzeitgesetz (AltTZG) und die Rentenversicherungsbeiträge aufzustocken.

Während der Beschäftigungsphase erhält der Beschäftigte nur das halbe Nettoeinkommen zuzüglich eines Aufstockungsbetrages (50% des letzten Nettoeinkommens um 33% aufgestockt - auf insgesamt 83% gem. tariflicher Aufstockung öffentlicher Dienst - für die Erbringung der vollen Arbeitsleistung).

Aus der Nichtauszahlung der hälftigen Vergütung baut sich ein sogenannter Erfüllungsrückstand (Differenz aus tatsächlicher Arbeitsleistung und halbem Nettoeinkommen) auf, der die rückständige Vergütung und die darauf entfallenden Sozialversicherungsbeiträge sowie sonstige lohnabhängige Nebenleistungen enthält. Dieser stellt eine schrittweise anzusammelnde Rückstellung dar, die in der Phase der Freistellung in Anspruch genommen wird.

Der gesamte Rückstellungsbetrag zu Beginn der Freistellungsphase sollte dem Vergütungsanspruch in der Freistellungsphase entsprechen. Eine Angleichung sollte mit

Eintritt in die Freizeitphase erfolgen, wenn zwischenzeitlich Tarifierhöhungen durchgeführt wurden. Die tarifrechtlichen Angleichungen erfolgen bei der Stadt Köthen (Anhalt) zum 31.12.2012.

In der Freistellungsphase wird das errechnete Teilzeit-Nettoeinkommen zuzüglich des Aufstockungsbetrages monatlich ausgezahlt, obwohl die Beschäftigten von der Arbeit freigestellt sind.

Die zurückgestellten Beträge (Grund- und Aufstockungsbetrag) werden in der Freistellungsphase ratierlich aufgelöst.

In den Haushaltsfolgejahren nach der Eröffnungsbilanz werden die für den Erfüllungsrückstand gebildeten Rückstellungen geprüft. Fokussiert wird dabei in wie weit sich der Erfüllungsrückstand in der Beschäftigungsphase erhöht oder vermindert hat, da die Kostenverhältnisse (z. B. durch Tarifsteigerungen) des jeweiligen Bilanzstichtages berechnet wurden.

3 e)bb) ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs und aus Steuer- und Sonderabgabenschuldverhältnissen

Betrag: 0,00 Euro

Beim Finanzausgleich fallen als „Nehmerkommune“ keine Zahlungsverpflichtungen an. Weiterhin sind diese Rückstellungen zu bilden, wenn von einer künftigen Inanspruchnahme der Kommune aus Forderungen der Kreis- oder Gewerbesteuerumlage zu rechnen ist.

Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen kommen in Betracht, wenn die Stadt Köthen (Anhalt) als Steuerpflichtiger bei Betrieben gewerblicher Art zahlungspflichtig sein könnte. Die Steuernachforderungen sind anhand von Art und Umfang des Geschäftsbetriebes nach Erfahrungswerten einzuschätzen.

Aus Steuer- und Sonderabgabeschuldverhältnissen sind keine Verpflichtungen für die Stadt Köthen (Anhalt) zum Eröffnungsbilanzstichtag bekannt.

3 e)cc) drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren

Betrag: 147.689,68 Euro

Es wurden sämtliche Verfahren (jede Instanz einzeln), die noch nicht rechtskräftig bzw. kostenmäßig abgeschlossen sind, mit den Haupt- und Nebenforderungen erfasst und bewertet.

3 e)dd) drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und laufenden Verfahren

Betrag: 2.282.286,22 € Euro

Hier wird der aufgelaufene Mietrückstand für die Tiefgarage Wallstraße in die Rückstellung eingestellt. Die Mietzahlung wurde mit Fälligkeit der Ausfallbürgschaft ausgesetzt.

3 e)ee) Sonstige Verpflichtungen gegenüber Dritten oder aufgrund von Rechtsvorschriften

Betrag: 0,00 Euro

Hierzu gehören vertragliche Verpflichtungen, zum Beispiel in Form von Bürgschaften. Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs ist für solch einen Fall eine Rückstellung jedoch erst zu bilden, wenn die Gefahr einer Inanspruchnahme droht (analog § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB). Das träfe zu, wenn absehbar wäre, dass der momentane Zuschuss der Stadt nicht ausreicht, um die Liquidität der Palm Springs GmbH & Co. KG zu sichern. Daher, wenn gegebenenfalls eine Inanspruchnahme der Stadt abzusehen ist - der Zeitpunkt und die Höhe in 2012 liegen, jedoch noch nicht genau zeitlich und wertmäßig bestimmbar sind.

Eine Rückstellung für die Patronatserklärung für die Palm Springs GmbH & Co. KG wäre ein entsprechender Fall. Diese wurde zur Abwendung einer etwaigen Insolvenz, daher zur Liquiditätssicherung - als Kreditsicherungsmittel, von der Stadt Köthen (Anhalt) abgegeben. Mit einer Inanspruchnahme der Stadt Köthen (Anhalt) ist im Jahr 2012 nicht zu rechnen, daher erfolgt zu diesem Sachverhalt keine Rückstellungsbildung zum 01.01.2012.

4. Verbindlichkeiten

Betrag: 49.326.309,26 Euro

Die Bilanzposition Verbindlichkeiten beinhaltet nach § 46 Abs. 4 GemHVO Doppik LSA alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Schulden. Sie stellen Leistungsverpflichtungen der Kommune gegenüber Mittel- und Leistungsgebern dar. Verbindlichkeiten sind Anleihen, Rückzahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen, erhaltene Anzahlungen von Dritten und Zahlungsverpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Verbindlichkeiten mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

4 a) Anleihen

Betrag: 0,00 Euro

Anleihen beinhalten sämtliches mittel- und langfristiges Fremdkapital. Die Verbriefung der Gläubigerrechte erfolgt durch Schuldverschreibungen (Kommunalobligationen).

Entsprechende Anleihen hat die Stadt Köthen (Anhalt) zum Eröffnungsbilanzstichtag 01.01.2012 nicht im Bestand.

4 b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß § 41 Abs. 4 Satz 2

Betrag: 32.619.589,92 Euro

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, ausgenommen der eigenständig auszuweisenden Anleihen, beinhalten sämtliche Geschäftsvorfälle, bei welchen der Kommune Geldwerte in der Regel gegen Entgelt in Form von Zinsen überlassen wurden.

Die Kreditverbindlichkeiten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

Buchung

-32er Kontenbereich

4 c) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Betrag: 16.000.000,00 Euro

Die Gemeinde stellt ihre Zahlungsfähigkeit durch eine angemessene Liquiditätsplanung und die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung sicher. Zum Stichtag 01.01.2012 betrug die Höhe der Kassenkredite der Stadt Köthen (Anhalt) 16.000.000,00 Euro.

Buchung

- 331er Kontenbereich

4 d) Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Betrag: 0,00 Euro

Im § 100 Abs. 5 GO LSA ist geregelt, dass Zahlungsverpflichtungen, die wirtschaftlich einer Kreditverpflichtung gleichkommen, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Für Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der laufenden Verwaltung ist keine derartige Genehmigung erforderlich.

Diese Bilanzposition beinhaltet zum Beispiel Schuldübernahmen, Restkaufgelder oder Leasingverträge. Entsprechende Verbindlichkeiten liegen bei der Stadt Köthen (Anhalt) Nicht vor.

4 e) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Betrag: 255.078,42 Euro

Hier sind die zu erbringenden Zahlungen an Dritte erfasst, welche aufgrund von erbrachten Lieferungen und Leistungen, welche vor dem 01.01.2012 verursacht sind, noch zu leisten sind. Die Bilanzierung erfolgte auf Basis ihres jeweiligen Rückzahlungsbetrages.

Buchung

- 3511 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

4 f) Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Betrag: 0,00 Euro

Verbindlichkeiten beinhalten die Zuschüsse und Zuweisungen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen.

Buchung

- 3611 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

4 g) Sonstige Verbindlichkeiten

Betrag: 451.641,42 Euro

Sonstige Verbindlichkeiten stellen eine Art Auffangposten dar, der alle sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten beinhaltet. Hierzu gehören zum Beispiel Lohnsteuer, Umsatzsteuer, abzuführende Sozialabgaben, Transferverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, Verbindlichkeiten aus Vermögensverbindlichkeiten u. a.

Buchung

- 3791 bis 3799er Kontenbereich

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Betrag: 2.723.961,90 Euro

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind erforderlich, wenn am Bilanzstichtag zeitliche Diskrepanzen zwischen Einzahlungen und Erträgen vorliegen. Im Rahmen der doppischen Haushaltsführung (ab dem Haushaltsjahr 2012) sind entsprechend § 42 Abs. 2 GemHVO Doppik LSA alle vor dem Eröffnungsbilanzstichtag (01.01.2012) erzielten Einnahmen (Erträge aus Grabnutzungsgebühren und Gebühren für die Verlängerung von Nutzungsrechten) zu neutralisieren (periodengerecht abzugrenzen), wenn sie Erträge für eine bestimmte Zeit (entsprechend der Laufzeit der erworbenen Nutzungsrechte), nach dem 01.01.2012 darstellen.

Im Rahmen der Kameralistik wurden die im Haushaltsjahr erzielten Einzahlungen aus Grabnutzungsgebühren und der Verlängerung von Nutzungsrechten dem entsprechenden Haushaltsjahr zugeordnet, in dem sie erhoben und in der Regel auch vereinnahmt wurden.

Der sachliche Ansatzpunkt für eine Ertragsverteilung über mehrere Perioden (entsprechend Nutzungsrechtslaufzeit) ist die Sichtweise, dass nicht die einmalige Nutzungsrechtseinräumung im Zeitpunkt der Gebührenerhebung den Leistungsstrom (zwischen Nutzungsrechtserwerber und der öffentlichen Einrichtung „Friedhöfe“) begründet, sondern die mit der Verleihungsrechtsurkunde definierten Nutzungszeitraum.

Infolge der vorausbezeichneten Sachlage erfolgte für die Ermittlung der aufzulösenden Ertragsanteile aus den in der Vergangenheit vereinnahmten Gebühren eine modellhafte Bildung von passiven Rechnungsabgrenzungen, welche Ertragsauflösungen auf Basis des aktuellen Niveaus der gebührenfähigen Kosten, dem Bestand an laufenden Nutzungsrechten und deren Restlaufzeiten in sachgerechter Form berücksichtigt.

Grundlagen des Modells sind:

1. der Gesamtbestand an Grabstätten zum 31.12.2011,
2. das aktuelle Niveau an gebührenfähigen Kosten,
3. die Äquivalenzziffernkalkulation als Kostenverteilungsrechnung und
4. die Restlaufzeit der bestehenden Nutzungsrechte zum 31.12.2011.

Grundgedanke dieses Ansatzes ist, dass vor dem Hintergrund einer bisher verfolgten und realisierten Deckung der gebührenfähigen Kosten (+/-0) die Bildung von vergangenheitsbezogenen passiven Rechnungsabgrenzungsposten künftig keine Nachteile für die Nutzungsberechtigten und die Stadt Köthen (Anhalt) entstehen lassen. Der sich aus einer periodengerechten Erfolgsermittlung ableitende Handlungsbedarf, soll sich künftig nur aus den Einflüssen der doppischen Haushaltsjahre (ab 2012) ergeben um ggf. adäquate steuerungspolitische Maßnahmen ergreifen zu können.

Die gesamte dargestellte Verfahrensweise ist Bestandteil der letzten Gebührenkalkulation und wurde im Stadtrat am 15.12.2011 (11/STR/16/010) beschlossen.

Die Buchung erfolgt in folgendem Kontenbereich:

- 3911 Passive Rechnungsabgrenzung von Forderungen aus Zahlungsleistungen
- 3991 Passive Rechnungsabgrenzung von übrigen Verbindlichkeiten

Weitere Informationen zum Stand Eröffnungsbilanz

Stand Inventuren

Das Teilprojekt 3 hat die Aufgabe die Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die Grundlage für das Erstellen der Bilanz ist das Durchführen einer Inventur. Die Inventur ist wesentliche Voraussetzung für den Aufbau und die Führung einer Anlagenbuchführung, weil das Ergebnis die unmittelbare Grundlage für eine ordnungsgemäße Bilanzierung bildet. Eine Kontrolle über den Verbleib der Vermögensgegenstände soll durch eine ordnungsgemäße Inventarisierung gewährleistet werden. Mit der Inventur werden alle Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten aufgenommen.

Nach der Art der Durchführung unterscheidet man die körperliche Inventur und die Buchinventur.

Bei der körperlichen Inventur sind die materiell vorhandenen Vermögensgegenstände in Augenschein zu nehmen, durch zählen, wiegen, messen. Bei der Buchinventur werden Art, Menge und Wert der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten anhand der Buchführung ermittelt.

Für die Eröffnungsbilanz ist die Erstinventur in Bezug auf die körperliche Inventur und die Buchinventur abgeschlossen.

Für die Inventur steht das vorläufige Ergebnis auf der Aktivseite in Bezug auf das Vermögen und auf der Passivseite in Bezug auf die Verbindlichkeiten fest.

Die Unterlagen zu allen Positionen der Bilanz erhält das RPA fortlaufend. Im Rahmen der Prüfung durch das RPA werden die einzelnen Bilanzpositionen geprüft und gegebenenfalls wertberichtigt.

Da die Inventur noch der Prüfung des RPA unterliegt, ist der Stand der Eröffnungsbilanz noch ein vorläufiges Ergebnis.

Die Inventurarbeiten zu den Stichtagen 31.12.2012 und 31.12.2013 können erst mit der Eröffnungsbilanz abschließend erfolgen, da diese Folgeinventuren auf den Erstinventurstand aufbauen. Diese Inventuren werden bereits jetzt vorbereitet, so dass die noch ausstehenden Arbeiten mit Stand der Eröffnungsbilanz möglichst schnell unter Beteiligung der Fachämter vollzogen werden können. Dazu erarbeitet die Kämmerei momentan eine neue Dienstanweisung und Inventurrahmenpläne.

Der Gesetzesrahmen beschreibt keine Konsequenzen, wenn Inventuren nicht termingerecht durchgeführt wurden. Die Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) Doppik regeln lediglich, dass Inventuren durchzuführen sind. Da das Ergebnis der Inventuren sich letztendlich in der jährlichen Schlussbilanz widerspiegelt, ist ein rechtmäßiger Jahresabschluss erst nach Durchführung der jeweiligen Inventur möglich. Die Erfassung und Fortschreibung der Inventurbestände erfolgt zu den Stichtagen 31.12.2012 und 31.12.2013 vor der jeweiligen Erstellung der Jahresrechnungen.

Die Einreichung der Inventurunterlagen bei dem RPA wird spätestens zu den jeweiligen Jahresabschlüssen vorgenommen.

Ausblick:

Ausgehend von der körperlichen Erstinventur zum Stichtag 31.12.2011 ist die nächste körperliche Inventur gemäß § 33 (1) S. 2 GemHVO Doppik zum 31.12.2014 durchzuführen. Damit sind für sämtliche Bilanzpositionen für die Jahre 2012 und 2013 Buch- oder Beleginventuren ausreichend. Sofern die kompletten Erstinventurstände vorliegen, werden die Inventuren 2012 und 2013 nachgeholt.

Zur Gewährleistung der Durchführung einer ordnungsgemäßen Inventur für die Folgejahre wird derzeit durch die Kämmerei ebenso eine neue Dienstanweisung, die sich über alle Inventurposten erstreckt, erarbeitet und es werden Inventurrahmenpläne für die einzelnen

Bilanzpositionen erstellt.

Stand Sachkontenzuordnungen im Verwahrgeld

Im ehemaligen Verwahrgeld (Bezeichnung noch aus der Kameralistik) erfolgen die Buchungen auf sogenannten Buchungsstellen, die ebenso wie die Untersachkonten in der Ergebnis- bzw. Finanzrechnung mit Sachkonten laut dem aktuellen Kontenrahmenplan des Landes Sachsen-Anhalt verknüpft sind.

Die Buchungsstellen des ehemaligen Verwahrgeldes sind zum einen mit Sachkonten aus dem Bilanzbereich, z. B. 379900 Andere sonstige Verbindlichkeiten, bzw. mit Sachkonten aus der Finanzrechnung, z. B. 659100 Andere sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, da es sich ja hier um Zahlungsvorgänge handelt, verknüpft.

Diese Zuordnungen der Sachkonten zu den Buchungsstellen erfolgten zum einen automatisch nach bestimmten Kriterien im Rahmen der programmseitigen Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik und zum anderen durch manuelle Nacharbeiten.

Da hinsichtlich einzelner Sachkontenzuordnungen noch Klärungsbedarf besteht, wird dies zum Anlass genommen, die Buchungsstellen insgesamt nochmals einer Überprüfung zu unterziehen, inwieweit die richtigen Sachkonten zugeordnet worden sind. Im Anschluss werden dann entsprechende Korrekturen, wenn erforderlich, vorgenommen.

Da die Eröffnungsbilanz per 31.12.2011 noch nicht abschließend erstellt wurde und auch die Jahresabschlüsse 2012 und 2013 noch in Bearbeitung sind, sind Korrekturen zu den Sachkontenzuordnungen noch ohne Weiteres möglich.

Im Übrigen hat die Zuordnung der Sachkonten zu den Buchungsstellen keinen Einfluss auf die eigentliche Buchung. Die Sachkonten dienen der Zuordnung und ermöglichen verschiedene Auswertungen.



EÖBStand 04022014.pdf